

# Volkszeitung

Nr. 7.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellenbesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Lodz, Zamenhofs 17, III-16  
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5-6 Uhr.  
Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat Januar beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — für Amerika einen Dollar monatlich.

3. Jahrg.

## Wer kommt nach Grabki?

Von  
L. Kuf, Stadtverordneter.

Die Weihnachtsferien des Sejm sind vorüber. Am Montag haben die Kommissionsitzungen begonnen und am Dienstag nächster Woche setzen die Plenarsitzungen ein. Man sollte meinen, daß die Herren Abgeordneten für die Frühjahrsession oder wenigstens für den Anfang derselben eine stattliche Portion Weihnachtsstimmung mitgebracht haben. Daß in ihnen das „Friede auf Erden“ noch nachklinge. Nichts von dem. Das erste Wiedersehen brachte die Frage: „Wann fällt Grabki?“

Von allen Sejmklubs wird als Endtermin der 1. März l. J. angegeben. An diesem Tage gehen die Budgetermächtigungen zu Ende. Auch nimmt man an, daß bis zu diesem Tage das ordentliche Budget für 1925 die Kommission durchlaufen haben und vor dem Plenum zur Abstimmung gestellt sein wird. Hierbei soll Grabki das Bein gestellt werden und er selbst stürzen. Und im März, „wenn die Weichen wieder spritzen“, soll ein anderer Auserwählter den Ministerpräsidentensessel drücken und die von den polnischen Parteien erhoffte parlamentarische Regierung aufrichten.

Von der „Endecja“ bis zur „Wyzwolenie“ hat der Sejm die Fachregierung Grabki satt. Es soll wieder einmal versucht werden, eigene Männer zu stellen, um dem Vorwurf aus dem Wege zu gehen, daß der Sejm nicht die Kraft aufbringt, aus sich heraus eine Regierung zusammenzufügen.

Es ist eine traurige Tatsache, daß der gegenwärtige Sejm keine Mehrheit aufbringen kann. Wenn dies auch manchmal gelungen ist, so eben nur für eine ganz kurze Zeit. Die jeweiligen Ministerpräsidenten, die „Beamten der 1. Kategorie“, führten mit dem Tage ihres Antritts eine Politik ein, die sie zwang, schon nach ganz kurzer Zeit den Zylinder zu nehmen. Die eigene Mehrheit, die diese Herren auf die Beine stellte, mußte vor der Politik ihres Günstlings fliehen und grub ihm dadurch das Wasser ab. Es folgte dann gleich darauf oder nach einem zweiten ebenfalls nur halb gelungenen Versuch, eine Fachregierung, die sich entsprechend ihren Fähigkeiten kürzer oder länger am Ruder halten konnte. Die größte Ausdauer bewies Grabki, der es, wenn ihm das Wasser an den Krügen ging, verstand, die Gegner durch einen gelungenen Zug schwachmatt zu setzen.

Doch verlor der Sejm dadurch seine Autorität. Diese sank immer mehr. Und heute hat sowohl der rechts- wie linksdenkende Bürger vor dem Sejm nur noch eine geringe Achtung. Die gesetzgebende Körperschaft sieht heute ihren Fehler ein. Sie sieht ein, daß die Erteilung von fast unbeschränkten Vollmachten an die Grabki-Regierung ihre Initiative ausgeschaltet und diese auf die Regierung übertragen hat. Grabki verstand es glänzend, die Vollmachten auszunützen und erließ Verordnungen, unter deren Wirkung das ganze Land ächzt und stöhnt. Und noch am Vortage des Erlöschens des Vollmachtentermins erhielten wir als Neujahrs Geschenk 22 neue Verordnungen, die wir,

## Im Polizeistaat ohne Paß...

Ein klassisches Beispiel der Unfähigkeit unserer Behörden. — 800 000 polnische Bürger der Ostgebiete an den Heimatsort gekettet.

Vor einigen Tagen fand unter dem Vorsitz des Vizeministerpräsidenten Thugutt eine Konferenz des Ministerrats statt, auf der die Regelung der Paßfrage in den Ostgebieten besprochen wurde. 800 000 polnische Bürger der Ostgebiete sind ohne Paß. Dies hat aber in einem Polizeistaat wie Polen mit seinen strengen Paßvorschriften soviel zu bedeuten, daß diese Bürger jeglicher Bewegungsfreiheit beraubt und an ihren Heimatsort gekettet sind.

Als im Jahre 1915 die Russen die Ostgebiete räumen mußten, da schleppten sie gegen 2 Millionen Weißrussen und Ukrainer mit sich nach Rußland. Von diesen 2 Millionen sind nach dem Brest-Litowsker und Rigaer Friedensverträge gegen 800 000 Weißrussen und Ukrainer in ihre Heimat ohne Personalausweise zurückgekehrt. Da durch das Wüten des Krieges in vielen Dörfern und Städtchen die Zivilstandsbücher verloren gingen oder verbrannt sind, so weigerten sich die polnischen Behörden den Zurückgekehrten, die durch den Rigaer Vertrag Bürger der Republik Polen geworden sind, Pässe auszustellen. Die Chikanen gegen diese „freien“ Bürger von Seiten der Behörden kennen keine Grenzen. Wer von diesen „freien“ es wagte, sein Heimatdorf zu verlassen, und das Unglück hatte, in die Hände der Polizei zu geraten, der mußte ins Gefängnis

wandern. Nach der Freilassung wurde er noch mit Geldstrafen belegt.

Solange wie in den Forsten der Ostgebiete die Raubwirtschaft herrschte, da empfanden es die „freien“ Bürger der Republik Polen nicht so schwer, daß sie ohne Paß herumliefern, denn sie hatten ja wo das Brot zu verdienen. Mit dem Augenblick jedoch, wo das Abholzen der Wälder sich wegen des hohen Eisenbahntarifs nicht mehr lohnte und die Paßlosen brotlos wurden, da gestaltete sich ihr Schicksal geradezu katastrophal. Erbitterung erfaßte sie gegen die Behörden. Und es darf niemand wundernehmen, wenn viele dieser Unglücklichen entgleisten, sich in Banden zusammenschlossen und ihr Unwesen trieben.

Die Schuld an diesen Zuständen tragen nicht nur die Lokalbehörden, sondern auch die Regierung in Warschau, die sich erst nach 5 Jahren dazu entschloß, die Paßfrage zu regeln. Der Ministerrat hat nun beschlossen, die Bevölkerung der Ostgebiete zu registrieren und jedem einzelnen Bürger einen Paß auszustellen.

Eine verdammt einfache Lösung! In Polen brauchte man aber dazu 5 Jahre. Ein klassischeres Beispiel für die Unfähigkeit unserer Behörde dürfte sich kaum finden!

ohne mühen zu dürfen, befolgen müssen. Und selbst dem Sejm blieb nur das eine übrig, die neuen Verordnungen, die Gesetzeskraft im Rahmen der Vollmachtengesetze haben, anzustauen und auf sie zu schimpfen. Mehr aber keinen Deut, denn der Weg, Novellen zu diesen Verordnungen durchzusetzen, ist äußerst dornenvoll.

Die Linke und die Minderheiten haben dieses traurige Verdienst nicht auf ihre Klappe geladen. Die Verantwortung dafür nahmen die Rechten auf sich. Sie gaben Grabki die Ermächtigungen. Heute sind aber die rechtsstehenden Kreise mit ihrem Fehler unzufriedener als die Linke, obwohl besonders die Arbeitererschaft unter Grabkis Anordnungen schwer stöhnt und leidet. Doch bei den Rechten trafen die Anordnungen Grabkis an die Stelle, die sie am meisten schmerzt — an die eigene Tasche. Und deswegen war die Endecja die erste, die Grabki mehrmals das Lebenslicht auszublauen versuchte. Auch die Minderheiten haben an der Grabkibekämpfung teilgenommen. Bei ihnen war dieser Kampf aber weniger eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der Hauptgrund war und ist die Ignorierung der Minderheitenrechte durch Grabki. Nur die Sozialisten der Minderheiten taten aus zweierlei Gründen mit: Wegen der Verelendung der Massen der werktätigen Bevölkerung Polens und wegen der Minderheitenbedrückung. Deshalb wird ein Antrag, der Grabki das Mißtrauen ausdrückt, auch die Stimmen der gesamten Minderheitenvertreter finden.

Der Brummbar ist noch nicht erlegt. Vorläufig sind nur die Gewehrläufe der zukünftigen Erben auf ihn gerichtet. Und der Erben gibt es viele.

Vor allen Dingen weht die Hyäne, das bunte Gemisch der polnischen Nationalisten, die Zähne, um in das Bärenfell zu beißen. Mit Hilfe des so sehr wandelbaren galizischen Gemeindevogts Witos soll die Teilung des Fells vorgenommen werden. Die von Witos abgesplitterte Brylgruppe soll ebenfalls ein Teilchen abbekommen und die zu allen Diensten bereite Nationale Arbeiterpartei (N. P. R.) ebenfalls zumindestens das Schwänzchen. In dieser Rollenbesetzung will die Hyäne mit Witos die Aufführung der Tragödie wagen. Doch vorläufig ist dieser Brei noch nicht gar. Herr Korfanty ist es, der die Chadecja auf einen anderen Pfad bringen will, weil er eingesehen hat, daß ein Geschäft mit der Endecja nur ein Saisongeschäft sei und die Kosten sich nicht lohnen. Der heute steinreiche Bergmannssohn hat sich umgestellt. Er sieht die wachsende Macht der Linken in Polen und sagt sich, daß es an der Zeit sei, bei der Linken als Sozius einzutreten. Und als tüchtiger Geschäftsmann hat er recht. Der „Ruck nach rechts“ flaut in Polen ab. Die Neuwahlen werden die Hyäne wieder auf die Totenfelder schicken. Und aus diesem Grunde ist der Kleister noch nicht entdeckt, der die Chadecja an die schwarze Reaktion wieder festkleben soll.

Der zweite Erbe ist Herr Korfanty mit Witos ohne Beteiligung der Endecja. Herr Korfanty denkt sich das Geschäft unter Hinzuziehung der polnischen Sozialisten und der Minderheiten, wenn es geht, aller vier Nationalitäten. Er ist bereit, den Sozialisten einen Ehrenplatz im Kabinett einzuräumen, will auch den Minderheiten ein Würstchen bieten. Nur die Kommunisten will er nicht im Reigen sehen. Diese sind ihm zu unbeständig. Man weiß nie, was sie wollen, da sie sich selbst

noch nicht einig sind, an welcher Leine sie zu ziehen haben. Witos ist diese Zusammensetzung recht, wie ihm überhaupt alles recht ist, um wieder die Geige in die Hand zu bekommen. Doch lächeln die Sozialisten, lächelt die Wyzwolenie, lächeln auch die Minderheiten. Sie sind nicht in den Sejm gekommen, um mit den zwei Spiegelbergs gemeinsame Sache zu machen. Doch weil ein Diplomat bekanntlich nie nein sagt, so hofft Korfanty, hofft auch Witos. Dieser schießt aber ein wenig nach rechts. Doch ist im allgemeinen wenig Hoffnung vorhanden, daß auch diese Aufführung gelingt.

Als dritter und letzter Erbe steht die Linke mit den Minderheiten da. Der Leser schaut mit leidiger auf diese zwei Zeilen und hat gewiß große Lust diesen ernst und traurigen Artikel besonders in bezug auf die Koalition „Linke und Minderheiten“ als einen schlechten Witz zu halten. So sehr hat er sich an die Furcht vor der Verantwortung unserer polnischen Linken gewöhnt. Der Leser hat leider nicht unrecht. Die Sache ist tatsächlich so, daß sich unsere Linke zu einer Demokratie im wahren Sinne des Wortes und sogar im wahren Sinne unserer Verfassung nicht aufschwingen kann. Doch ist die Linke mit den Minderheiten ein recht bedeutender Erbe, wenn dieser Erbe auch von seinem eigenen Vater — dem Staatsganzen in Gestalt des Sejm — verleugnet wird. Dieser Erbe wäre und müßte fähig sein, die Leitung des Geschäfts zu übernehmen. Doch fehlt es hier leider an der Courage. Fehlt es auch an dem Manne, der den Mut aufbringen würde, den Tatsachen erst in die Augen zu schauen und zu erkennen, daß dieser Ausweg keine Hintertür sondern eine schöne Freitreppe ist. Und deshalb haben wir diesen Erben absichtlich an die dritte Stelle gesetzt, weil er noch nicht volljährig ist, noch nicht reif genug ist und noch nicht den Mut hat, sich selbständig zu machen. Er klammert sich noch in kindischer Furcht an der reinpolnischen Schürze und fürchtet von dem Glanz zu erblinden, wenn er aus der Dunkelkammer des nationalen Chauvinismus in den prächtig erleuchteten Saal der Demokratie und Gleichberechtigung treten wird.

Und so werden auch die jetzigen Bemühungen der polnischen Parteien, eine rein polnische Mehrheit zu schaffen, Machwerke sein, die unter den eigenen morsch gewordenen Stelzen zusammenbrechen müssen. Leicht wird der Sturz Grabstis sein. Schwer aber die darauf folgende Regierungskrise. Ob Chjena und Witos und ob Korfanty-Witos und die Linke, beide werden Heftpflaster und nur Heftpflaster sein. Nur für eine kurze Zeit. An der Seite aber wird das Fachkabinett warten, um die Regierungsmüden wieder abzulösen.

Die Linke, die die rein natürliche Erbin der Regierung nach all den großen Mißerfolgen der polnischen Reaktion ist, müßte zur Bestimmung kommen. Müßte in dieser Sejmkadenz wenigstens zeigen, wie Demokratie in Polen aussieht, um sich bei Neuwahlen auf Leistungen berufen zu können. Wir verkennen keinesfalls die Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit mit den besitzenden Kreisen in den Reihen der Minderheiten, da wir diese Zusammenarbeit kennen gelernt haben. Doch ist sie gewiß ein kleineres Uebel vor dem Uebel der offenen Unterstützung der gegenwärtigen bürgerlichen Regierung, selbst ohne Regierungsbeteiligung, worin sich die Linke heute befreizigt.

Und so bringt der Grabsturz, wenn er auch eine Notwendigkeit ist, nur dann eine Klärung, wenn die polnische Linke ihre nationalpolnischen Vorurteile über Bord wirft.

### Die Sprachenfrage bei den Juden.

Anlängst fand in Warschau ein Kongreß der Zionisten-Juden statt. Es wurde ein scharfer Kampf um die Gleichberechtigung der jüdischen mit der hebräischen Sprache geführt. Senator Braude (Lodz) trat dafür ein, nur die hebräische Sprache als Sprache der Juden anzuerkennen, während Abg. Grünbaum für beide Sprachen plädierte. Er warf Senator Braude durch die Bildung von Schulen mit polnischer Unterrichtssprache vor die Assimilation der Juden zu fördern. Schließlich wurde die Grünbaumsche Entschließung vom Kongreß mit Stimmenmehrheit angenommen.

## Berschärfung des Konflikts mit Danzig.

Der Hohe Völkerbundskommissar gegen Polen. — Er fordert die Entfernung der Briefkasten. Kriegsrat in Warschau.

Der Konflikt zwischen Danzig und Polen hat sich durch die Entscheidung des Völkerbundskommissars plötzlich verschärft. Der Hohe Kommissar teilte dem Danziger Senat auf dessen Memorandum in der Briefkastenangelegenheit mit, daß die Anbringung der Briefkasten durch Polen dem Recht widerspreche. Der Senat müsse sofort reagieren und die polnischen Briefkasten vom Gebiet der Freistadt entfernen. Der von dieser Entscheidung unterrichtete Generalkommissar Straßburger legte schärfsten Protest ein und erklärte, daß er für keinen Preis die Entfernung der Kasten zulassen werde.

In Warschau nahm bereits das politische Komitee Stellung zu der Wendung in dem Konflikt. Marschall Rataj setzte sich auch mit den Führern der einzelnen Parteien in Verbindung, die den Standpunkt der Regierung gutheießen.

Nach Beendigung der Konferenz rief Dzemini-Präsident Thugutt Pressevertreter zusammen und erklärte ihnen u. a. folgendes über den Konflikt:

„Die letzten Nachrichten aus Danzig haben uns erneut mit Unruhe erfüllt. Man spricht von Repressalien, die auf unseren Vertreter ausgeübt werden. Man hört in Danzig Drohungen und aufrührerische Aufforderungen zum Selbstgericht. Dies ist bei unserem Verhältnis zu Danzig ein unerhörter Fall. Das Verhalten des Senats ist eine grobe Herausforderung. Danzig kann nicht seine Lage verstehen oder will nicht, weil vielleicht der Briefkastenkonflikt nur ein Glied in der Kette des Planes ist, der zu unfrem Schaden ausgeheckt wurde. Es ist unser Recht, zu verlangen, daß strittige Fragen in einer Weise geregelt werden, wie dies in den internationalen Verträgen vorgesehen ist. Das Sichstellen außerhalb des Rechts ist nicht nur eine Willkür, sondern ein Versuch, die strittigen Fragen mit Gewalt zu regeln. Dies darf sich Polen nicht gefallen lassen. Wir werden alles, was uns gegenüber nach Gewalt aussieht mit dem schärfsten Widerstand beantworten. Der Widerstand wird gleich der Kraft der Gewalt sein.“

Was die Entscheidung selbst anbelangt, so müssen wir bei dem Vorsitzenden des Völkerbundes sowie bei den Staaten Protest dagegen einlegen, die die Schöpfer des Friedensvertrages sind. Denn, wenn wir kleine Uebergriffe dulden würden, dann würden diejenigen, die sie begangen haben, frech werden und sich größere leisten.

Es würde uns leid tun, wenn neben den Konflikt zwischen Danzig und Polen, noch ein Konflikt zwischen Polen und dem Völkerbund ausbrechen würde. Wir kennen jedoch weder eine solche hohe Institution noch ein noch solch großes Volk, denen wir es gestatten würden, uns widerrechtlich zu behandeln. Wir werden es niemanden erlauben und für keinen Preis dulden uns so zu behandeln, wie man Neger behandelt.“

Herr Thugutt appellierte darauf an die anwesenden Herren als Vertreter der öffentlichen Meinung. Wenn die Pressevertreter diese Ausführungen als Grundlage für die Besprechung des Konflikts zwischen Polen und Danzig nehmen sollten, dann könnte sich das polnische Volk auf das schönste Abenteuer gefaßt machen. Die Drohung gegen den Völkerbund muß als starke Ueberhebung unseres Herrn Dzemini-Präsidenten angesehen werden. Die Antwort des Auslandes dürste auch nicht ausbleiben.

Am Mittwoch nachmittag empfing der Völkerbundskommissar Straßburger, der vergebens sich bemühte, den Völkerbundskommissar von der Richtigkeit des polnischen Standpunktes zu überzeugen. Der Völkerbundskommissar erklärte jedoch, daß er einen Brief an den Danziger Senat in Vorbereitung habe, der dem Senat das Recht gibt, die Postkasten zu entfernen. Erst wenn dies geschehen sei, könne er weiter mit Straßburger verhandeln. Diese für Polen allzu deutliche Stellungnahme des Völkerbundskommissars hatte zur Folge, daß auch Straßburger energischer die polnische These vertrat, so daß die ganze Unterredung einen sehr unfreundlichen Charakter annahm. Herr Straßburger hat darauf den Kommissar, den Brief zurückzuhalten, da Polen bereits gegen seine Entscheidung Protest beim Völkerbund eingelegt habe. Der Hohe Völkerbundskommissar leistete der Bitte jedoch nicht Folge. In dem Briefe an den Senat heißt es u. a.: „Der diplomatische Vertreter Polens erklärte mir, daß es seiner Regierung unmöglich sei, meiner Bitte zu willfahren und die Kasten zu entfernen.“

Ich erklärte darauf, daß, falls meine Bitte nicht erfüllt werden sollte, ich mich gezwungen sehen würde, dem Senat mitzuteilen, die Kasten auf meine Verantwortung hin zu entfernen.“

### Kriegsrat in Warschau.

Inzwischen wurde in Warschau das politische Komitee unter dem Vorst. des Staatspräsidenten Wojciechowski

einberufen. Es würde über die Maßnahmen beraten, die anzuwenden wären, falls es Danzig einfallen sollte, die Briefkasten zu entfernen. Endgültige Beschlüsse wurden jedoch noch nicht gefaßt.

Nach der Sitzung empfing Thugutt die Pressevertreter. Er knüpfte an seine vorgestrigen Ausführungen an und sagte, daß verschiedene Zeitungen ihn mißverstanden hätten, indem sie die Stelle von der Anwendung der Gewalt in einer Weise kommentierten, die sich keinesfalls mit seiner Auffassung und mit der der Regierung deckt. Trotz dieser Versicherung sagte Thugutt u. a. erneut: „Deutlich gesprochen: Polen werde die letzten Mittel anwenden, falls nur ein Tropfen polnisches Blut im Danziger Konflikt vergossen werden sollte.“

### Ein neuer Konflikt mit Danzig.

Auf Grund einer Entscheidung des Völkerbundskommissars ist es Polen gestattet worden, in Westerplatte ein Munitionslager zu bauen. Dieses Lager wollte Polen durch eine Eisenbahnlinie mit der Danziger Eisenbahn verbinden. Die polnische Regierung wandte sich daher an den Wege- und Hafenrat, ihr den Bau der Verbindungslinie zu gestatten. Der Bau ist Polen gegen die Stimmen der Danziger Vertreter gestattet worden. Der Danziger Senat, der sich mit diesem Beschluß nicht einverstanden erklärte, wandte sich an den Völkerbund um Entscheidung. Der Senat stellte gleichzeitig den Antrag, daß der Völkerbund, ehe die Entscheidung gefallen ist, Polen den Beginn der Bauarbeiten untersagen soll.

### Die Helsingforsker Konferenz.

Minister Strzynski ist gestern in Helsingfors eingetroffen und wurde warm begrüßt. Er wurde über seine Ansicht über das Traktatsprojekt und das Projekt betreffend das Schiedsgericht befragt und erklärte sich für dieselben, da sie sich auf die grundsätzlichen Ideale des Völkerbundes stützen. Strzynski schaut auf die Konferenz optimistisch.

### Die neue deutsche Regierung.

Die Sozialdemokraten nehmen nicht teil.

Gestern abend klärte sich die Lage in Deutschland. Dr. Luther entschloß sich, ein Kabinett zusammenzustellen, in das jede Fraktion mit Ausnahme der Sozialdemokraten je einen Minister entsendet. Die Nationalisten sollen durch Wallraff als Innenminister vertreten sein, die Bayerische Volkspartei durch Emminger als Justizminister, das Zentrum durch Brauns als Arbeitsminister und die deutsche Volkspartei durch Stresemann als Außenminister. Die übrigen Portefeuilles sollen von Fachleuten besetzt werden. Die bisherigen Minister Geßler (Landesverteidigung) und Kanitz (Verpflegung) bleiben im Kabinett. Das Finanzministerium übernimmt der Unparteiische Seinisch.

### Die Finanzministerkonferenz.

Gestern wurde das Protokoll der Finanzministerkonferenz unterzeichnet, trotzdem seitens Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Brasiliens Einwände erhoben wurden. Brasiliens und Rumänien verlangten größere Beteiligung an den deutschen Zahlungen. Ihnen wurde erklärt, daß ihre Forderungen berücksichtigt werden, wenn der Dawesplan vollständig durchgeführt sein wird. Die Forderungen Jugoslawiens und die der Tschechoslowakei wurden teilweise berücksichtigt.

### Starke Sprache Englands

Forderungen nach einer Revision des Versailler Vertrages.

In seiner letzten Nummer bespricht die einflussreiche englische Zeitung „Observer“ die Frage der Entwaffnung, der Ruhräumung und die Rolle des Völkerbundes am Aufbau des Weltfriedens. Der Autor stellt die Behauptung auf, daß die Alliierten in allernächster Zeit den Termin einer Konferenz festsetzen müssen, die die Ruhräumung zu beschließen hat. Der Völkerbund ist in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht imstande, den Europafrieden aufzurichten. Um diesen Frieden zu sichern, muß eine Revision des Versailler Vertrages erfolgen. Davon bin ich — sagt der Autor — so fest überzeugt, wie jeder Mensch weiß, daß



### Aus dem Reiche.

**Konstantynow.** Berichterstattungsversammlung. Am Sonntag nachmittag hielt Sejmabgeordneter Artur Kronig im Turnsaale eine Berichterstattungsversammlung ab. Der Referent berichtete über die Außenpolitik des Staates, die wirtschaftliche Lage des Landes in Verbindung mit der Finanzsanierung des Herrn Premierministers Grabstki und stellte fest, daß durch diese Radikalur Grabstki Tausende Existenzen der kaufmännischen wie auch der werktätigen Bevölkerung vernichtet werden und dies deswegen, weil Polen keine Auslandsanleihe aufstreiben kann, die die Durchführung der Sanierung ohne wirtschaftliche Erschütterungen ermöglichen würde. Die Zukunft schilderte der Referent als höchst ungewiß, da am politischen Horizont dunkle Wolken aufziehen und andere Kreise nach der Regierungsgewalt greifen. Grabstki dürfte sich kaum bei der Budgetabstimmung halten, so daß Polen in ungefähr zwei Monaten vor einer schweren Regierungskrise stehen dürfte.

Der Referent ging nach diesen Feststellungen zur Kommunalpolitik Konstantynows über und machte den Anwesenden bekannt, daß die Regierungsbehörden sich bereits entschlossen haben, den durch den Austritt der P. P. K. und der Juden dekomplettierten Stadtrat aufzulösen und in kürzester Zeit Neuwahlen auszufahren. Redner forderte die deutschen Werktätigen auf, auch bei der Neuwahl der Bürgerpflicht zu genügen und durchzusehen, daß die Zahl der Vertreter der deutschen Bevölkerung erhalten und nach Möglichkeit noch vergrößert wird.

Die sehr zahlreich erschienenen Wähler (der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt) nahmen den Bericht dankbar entgegen. In der besten Stimmung für die P. P. K. konnte der Vorsitzende, Wilhelm Heidrich, die Versammlung schließen.

**Zdunsta-Wola.** Theaterabend. Am Sonntag, den 11. Januar, veranstaltete die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Arbeitspartei Polens im Feuerwehrraale einen Theaterabend. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Erschienen waren auch die Spitzen der Behörden, wie der Stadtkommandant, der Bürgermeister und andere Persönlichkeiten, um an der ersten Veranstaltung der Ortsgruppe teilzunehmen. Der Abend wurde mit einer Ansprache des Vertreters des Hauptverbandes Gustav Ewald eingeleitet, der auf die Bedeutung des Theaterabends hinwies und die zahlreich erschienenen in herzlichen Worten willkommen hieß. Nach dieser Ansprache nahm der Abend seinen Anfang. Zuerst wurden von der dramatischen Sektion in Zdunsta-Wola zwei Komödien: „Der zerstreute Briefträger“ und das „Liebespaar vor Gericht“ aufgeführt. Dann folgte die Lodzzer dramatische Sektion mit dem Lustspiel „Seine einzige Tochter“ und zum Schluß kam noch eine Humoreske: „Die Ehestandsgene“, aufgeführt von den Parteimitgliedern aus Zdunsta-Wola. Wenn man bedenkt, daß dieses Auftreten der dramatischen Sektion von Zdunsta-Wola das erste vor einem größeren Auditorium war, so muß der Spielart volle Anerkennung gezollt werden. Besonders hervorzuheben sind: B. Klirger, Fr. M. Schulz, Fr. Z. Franke, B. Regus, B. Kluttig, Fr. A. Schulz, Geze und T. Kluttig. Die Lodzzer dramatische Sektion hat einen durchschlagenden Erfolg geerntet. O. Güttel ist hervorzuheben, der die Pausen durch verschiedene Aupletts ausfüllte. Die Zuschauer tarrten nicht mit Beifall als Dank für den gemütlichen Abend. Ein jeder ging mit dem Bewußtsein nach Hause, schöne Stunden verlebt zu haben. Zum Schluß sprach

G. Ewald sämtlichen Erschienenen den Dank für die Unterstützung der kulturellen Bestrebungen der Ortsgruppe aus.

**Warschan.** Bankrotte. Hier bankrottierte der Lederhändler Friedberg, Wierzbowa 5. Die Passiva betragen 800 000 Zloty. Auch die Landes-Lebensmittel-Aktiengesellschaft sowie der Kaufmann Abram Glifon haben ihren Bankrott angemeldet.

— Verurteilter Kommunist. Vom Bezirksgericht wurde Israel Zatorski wegen kommunistischer Tätigkeit zu 4 Jahren Kerkers verurteilt.

**Sustatyn.** Witostliebe. Die Dörfer Mozanice und Sowitów Wielki vereinigten sich zu einer Dorfgemeinde und taufte diese neue Gemeinde mit dem Namen Witostowa, zu Ehren des Bauernführers Witos. Wahrscheinlich lesen die Einwohner dieser Dörfer nur das Witosorgan „Wola Ludu“ und sind gar nicht darüber informiert, was ihr „großer Führer“ während des Ministerspiels gesündigt hat. Der Weibrauch mähte dann weniger stark ausfallen.

### Der deutsche Außenhandel nach dem 10. Januar.

(Von unfrem Leipziger H. B. Korrespondenten.)

Der 10. Januar brachte Deutschland die langentbehrte autonome Zollhoheit und handelspolitische Freiheit. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, die Länder, mit welchen Deutschland in keinem Vertragsverhältnis steht, auf dem Zollgebiete verschieben zu behandeln. Laut Verordnung der Reichsregierung findet ab 10. Januar 1925 die meistbegünstigte Zollbehandlung nur noch auf die Erzeugnisse solcher Länder Anwendung, in denen auch die deutschen Erzeugnisse vertraglich oder tatsächlich nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung behandelt werden.

Zur gleichen Zeit haben sich aber neue Schwierigkeiten aufgetan, die die Hoffnungen auf eine günstige Fortentwicklung der internationalen Wirtschaftsverständigung trüben. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind an den unerfüllbaren Forderungen Frankreichs ins Stocken geraten. Deutschland soll Forderungen annehmen, die nicht nur einer völligen Drosselung der deutschen Ausfuhr nach Frankreich gleichkämen, sondern auch die Meistbegünstigung so viel wie illusorisch machen würden. Frankreich hat die Lebenswürdigkeit befehlen, während der Verhandlungen die Zollsätze wesentlich zu erhöhen, und zwar gerade für solche Waren, deren Ausfuhr für Deutschland wichtig sind. Frankreich verschärft seine protektionistische Politik in einer Weise, die einer Herausforderung zum Zollkrieg gleichkommt. Was wird, wenn Frankreich diese Barrieren aufrichtet?

So sieht der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas aus, von dem seit vielen Jahren so viel und mit so großem Pathos gesprochen wird.

Wohin man auch sonst sieht, überall Erschwerungen für Deutschland, seine Außenwirtschaft auszubauen. In den Vereinigten Staaten, in Frankreich wie in England tritt unverblümt die Neigung zutage, sich gegen die deutsche Einfuhr zu verbarrikadieren. Wenn diese neu-merkantilistischen Tendenzen, dieses Streben nach nationaler wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit in übertriebener Weise in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollte, so wird es in der Tat schlecht um die Erfüllung und Vollziehung des Dawes-Planes bestellt sein.

An sich hat die Regierung den Wunsch gehabt, alle Außenhandelsbeschränkungen am 10. Januar fallen zu

lassen. Die augenblickliche handelspolitische Situation verbietet jedoch, eine vollkommene Freigabe aller bestehenden Ein- und Ausfuhrhemmungen.

### Polnisch-deutscher Handelsvertrag.

Am Dienstag ist in Berlin der neue polnisch-deutsche Handelsvertrag unterzeichnet worden. Er verpflichtet vom 10. Januar bis zum 1. April 1925. Nach diesem Vertrag wird jedes der Länder die Zölle nach ihren eigenen autonomen Sätzen erheben.

### Aus aller Welt.

**Der Münsterberger Massenmörder.** In dem Hause des Massenmörders Dente in Münsterberg hat man jetzt weitere Funde gemacht, die von dem Treiben des Unmenschen Zeugnis ablegen. Wie jetzt bekannt wird, hat man in einem Kachelofen ein Bündel mit 15 blutbefleckten Westen und einen Revolver des Mörders aufgefunden. Zwei der aufgefundenen Westen wurden bereits von den Angehörigen der aus den vorgefundenen Papieren bisher ermittelten Opfer festgestellt, und zwar von einer Verwandten des Arbeiters Heidenreich aus Breslau und von der Ehefrau des landwirtschaftlichen Arbeiters Ebel aus Reumen. Beide Männer waren seit langer Zeit verschwunden. Ganz wie im Fall Saarmann, wo man auch von annähernd 30 Ermordeten nur fünf Köpfe gefunden hatte, steht man auch in Münsterberg augenblicklich vor dem Rätsel, wo Dente die Schädel seiner Opfer gelassen hat, da unter den bisher entdeckten Knochenresten sich keinerlei Schädelteile befinden. Die Räumlichkeiten des Mördershauses und die angrenzenden Baulichkeiten und Gartenflächen sollen deshalb noch einmal einer gründlichen Durchsuchung unterzogen werden.

**Eine Teufelsaustreibung im zwanzigsten Jahrhundert.** Aus Palermo wird gemeldet: Bei einer Teufelsaustreibung war eine Frau namens Antonietta Nigro in der Kirche so fest an eine Säule gebunden worden, daß sie den Erstigungstod starb. Der Pfarrer, Monsignore Gielmi, und einige seiner Pfarrkinder wurden von der Anklage des Mordes freigesprochen, während ein Mann bedingt zu fünf Monaten Haft verurteilt wurde.

**Bedeutende Zunahme der englischen Arbeitslosen.** In der Woche vom 22. bis 29. Dezember ist die Zahl der Arbeitslosen um nicht weniger als 103 373 gestiegen, d. h. stärker als jemals seit mehreren Jahren im Verlauf einer Woche. Sie betrug am 29. Dezember 1 276 000.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stb. Ludwig Aut. Druck: J. Saranowski, Lodz, Petrikauer 109.

## Billigster Verkauf

gegen bar und Ratenzahlungen nur bei  
**„WYGODA“** Petrikauer 238  
seidene gedruckte Blüsch-Mäntel,  
Damen- und Herren-Garderoben sowie  
Manufakturwaren in größter Auswahl.  
Große Ueberraschungen für die Frühjahrs- und Sommerfaison in Vorbereitung.

**Lodzzer Sportverein „Pogon“**  
Am Sonnabend, den 17. Januar l. J., findet im Lokale des 1. Zuges der Lodzzer freiwilligen Feuerwehr, Konstantiner 4, unser diesjähriger traditioneller Theaterabend statt. — Im Programm

**„Exzellenz v. Oppen“**  
Operette mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Artur Heine, Musik von Arno Seeliger.  
Regie: Paul Köhler. Musikalische Leitung: Arno Seeliger.  
Speziell-neuangeschaffte Dekorationen, u. a. der Kaiserlicher Bahnhof.  
Beginn pünktlich 8 Uhr abends.  
Freunde und Gönner des Vereines herzlich willkommen.  
Vorverkauf im Hauptgeschäft „Mingewski & Sta.“, Petrikauerstraße 73 und 132.

**Kleine Anzeigen**  
wie: Stellen-Gesuche u. Angebote, Wohnungs-Gesuche und Angebote, Käufe, Verkäufe und andere  
haben in der „Lodzzer Volkszeitung“ stets guten Erfolg!

**Deutsche Arbeitspartei Polens, Ortsgruppe Alexandrow.**  
Sonnabend, den 17. Januar l. J., um 7 Uhr abends, veranstalten wir im Saale Blaskmann, einen großen  
**Theater-Abend.**  
Im Programm: Aufführung zweier Einakter und verschiedene Ueberraschungen. — Nach der Vortragsfolge  
**Tanz.**  
Zu der Feier werden alle Mitglieder und Freunde der Partei herzlich eingeladen. Der Reingewinn ist für kulturelle Zwecke bestimmt.  
Der Vorstand.

Es wird zu kaufen gesucht ein  
**Immobil**  
bestehend aus Bauten mit gegen 50 Räumen, von denen mindestens 15 sofort besetzt werden könnten. Der Platz muß einen Umfang von gegen 3000 Quadratmetern besitzen und im Zentrum der Stadt oder unweit des Bahnhofes gelegen sein. Vermittler sind nicht ausgeschlossen.  
Offerten sind bei Rechtsanwalt R. Kempner, Lodz, Petrikauerstraße 85, Front, 1. Etage, zu hinterlegen. 519

Wir bieten unserer Kundschaft  
 **Näh- maschinen**  
besten Qualitäten, bei guten Bedingungen u. soliden Preisen.  
**„Veritas“**  
Piotrkowska 82 im Hofe, 4. Eing., rechts, Parterre. Tel. 33-71.

**Klaviere u. Flügel**  
nur ausländische Fabrikate  
empfiehlt an Wiederverkäufer wie auch Private 463  
**H. FINSTER**  
Lodz, Zakatnastrasse Nr. 79.  
Besseres, ehrliches Mädchen  
mit guten Zeugnissen, das auch etwas zu kochen versteht, wird für alle häuslichen Arbeiten gesucht. Przejazdowa 15, W. 5. 520  
Geübte  
**Schürzen-Mäherinnen**  
werden für dauernde Beschäftigung gesucht. Przejazdowa 86, W. 5. 525